



öffentlich

Betreff:

Die Bearbeitung von "Klima-Anträgen" bündeln

Einreicher: Fraktion CDU

Erstellungsdatum: 18.11.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

07.12.2022 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Klimarelevante Anträge werden gesammelt und deren Bearbeitung grundsätzlich im Zusammenhang mit dem „Aktionsplan“ und den darin aufgeführten kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sowie Strategien zur Umsetzung „Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050“ halbjährlich zur Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Eine grundsätzliche Systematisierung und Zuordnung erfolgt in den bestehenden Arbeits- und Beratungseinheiten der Verwaltung und etablierten Gremien.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der „Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050“ Drucksache 17/SVV/0537 ist die Grundsatzentscheidung zum Erreichen der Klimaschutzziele bis 2050. Der Aktionsplan verfolgt die grundsätzliche Strategie und darin werden alle Maßnahmen zusammengefasst. Zur Abstimmung mit dem Klimarat wurde eigens eine Arbeitsgruppenstruktur und auf der Arbeitsebene der Verwaltung handlungsfeldbezogene Arbeitsgruppen sowie die Zusammenarbeit mit weiteren relevanten Akteuren entwickelt.

Die Fraktionen erarbeiten zahlreiche Anträge zum Klimaschutz, die letztlich alle den Zielen des Masterplans dienen. Eine zusammenfassende und koordinierte Bearbeitung und Behandlung dieser Anträge bietet sich daher zur Einsparung von Ressourcen und zur optimierten Behandlung an.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung